

Bericht

des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung der v.a. teuerungsbedingten Erhöhung einer vertraglichen Mehrjahresverpflichtung gegenüber der Schiene OÖ GmbH zur Beschaffung von 20 Schienenfahrzeugen im Zeitraum 2021 bis einschl. 2049

[L-2023-82159/2-XXIX,
miterledigt [Beilage 455/2023](#)]

Der Oö. Landtag genehmigte in den [Beilage 1284/2020](#), XXVIII. GP, vom 30. Jänner 2020 und [44/2021](#), XXIX. GP, vom 16. Dezember 2021 die aus dem Abschluss von Finanzierungsvereinbarungen zwischen dem Land Oberösterreich und der Schiene OÖ GmbH resultierenden Mehrjahresverpflichtungen des Landes Oberösterreich betreffend die Beschaffung von 20 normalspurigen Schienenfahrzeugen zur Sicherstellung des Betriebs auf der Lokalbahn Lambach-Vorchdorf-Eggenberg und der Linzer Lokalbahn in Höhe von maximal 105.405.000 Euro in den Jahren 2021 bis 2049 zuzüglich Zinsen und ermächtigte die Oö. Landesregierung zudem, für eine von der Schiene OÖ GmbH aufzunehmende Zwischenfinanzierung eine Haftung in Form einer Garantie in Höhe von 92.100.000 Euro mit einer Laufzeit von längstens bis 31. Dezember 2049 zu übernehmen.

Durch die zuletzt und aktuell zur Kenntnis zu nehmenden krisenbedingten Entwicklungen, insbesondere die maßgebliche Teuerung in der gesamten Lieferkette, sowie zusätzlichen Veränderungen beim Schienen-Netzzugang (verschärfte Vorgaben an Fahrzeugsicherungs- und Leitsystemen) haben sich seit der letzten Beschlussfassung 2021 für die Finanzierung deutliche Veränderungen ergeben.

Beim Abschluss der bisherigen Finanzierungsverträge wurden die zu diesem Zeitpunkt bekannten und branchenüblichen Annahmen zur Teuerungs- und Zinsentwicklung angesetzt. Dazu wurde auch die KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft beigezogen.

Infolge multipler Krisen und der eingetretenen Preissteigerungen muss die Höhe der zu erwartenden Investitions- und Finanzierungskosten deutlich korrigiert werden. Zusammenfassend stellt sich die Situation aktuell so dar, dass mit dem für die Fahrzeugbeschaffung beschlossenen Finanzierungsvolumen nicht das Auslangen gefunden werden kann.

Vor diesem Hintergrund deutlich geänderter Rahmenbedingungen wurde der für die Fahrzeugbeschaffung erarbeitete Businessplan durch die zuständige Organisation Schiene OÖ

GmbH überarbeitet. Die wesentlichen Änderungen und deren Hintergründe werden im Folgenden im Überblick dargestellt.

Investitionen, Teuerungseffekte

Die zuletzt Ende 2021 genehmigten Investitionskosten in der Höhe von rd. 105,4 Mio. Euro werden aus derzeitiger Sicht auf Grund der Teuerung bzw. der Entwicklung der einschlägigen Indizes um rd. 14,6 Mio. Euro steigen (+ rd. 13,8 %).

Kostenmindernd wirkt der im Rahmen des Letztangebots vor Zuschlag im Jänner 2022 um rd. 0,9 Mio. Euro erzielte, günstigere Einkaufspreis beim Hersteller, sodass der Teuerungseffekt aus aktueller Sicht insgesamt rd. 13,7 Mio. Euro beträgt (+ rd. 12,9 %).

Investitionen, Zusatzanforderungen an das Sicherheitsniveau

Auf Grund der bisherigen Informationen des Bundes bzw. der ÖBB war geplant, die zu beschaffenden Fahrzeuge für den auf transeuropäischen Netzen geltenden Standard ETCS (European Train Control System) vorzubereiten, jedoch nur ein Fahrzeug für die behördliche Zulassung tatsächlich damit auszustatten.

Auf Grund einer Änderung der Netzzugangsbedingungen seitens der ÖBB Anfang 2022 muss aktuell davon ausgegangen werden, dass für die Befahrung der ÖBB-Anlagen im Bereich des Hauptbahnhofs nun alle Fahrzeuge von Beginn an mit ETCS ausgestattet werden müssen. Ohne dieser zusätzlichen sicherungstechnischen Ausrüstung kann aus derzeitiger Sicht eine Neuzulassung von Fahrzeugen nicht erreicht werden. Die Mehrkosten dafür betragen aus derzeitiger Sicht rd. 5,6 Mio. Euro.

Gegenüber der letzten Kostenplanung aus dem Jahr 2021 ergeben sich trotz Berücksichtigung des günstigeren Einkaufspreises infolge von Teuerungseffekten und Zusatzanforderungen an das Sicherheitsniveau somit insgesamt Mehrkosten für Investitionen in der Höhe von rd. 19,3 Mio. Euro.

Gemäß dem aktuellen Businessplan fallen die Mehrkosten für Investitionen (exkl. Zinsen) im Zeitraum 2022 bis 2049 wie folgt an:

Jahr	Bisher genehmigte Zahlungen für Investitionen (in Mio. Euro)	Mehrkosten für Investitionen (in Mio. Euro)	Prognostizierte Gesamtkosten für Investitionen (in Mio. Euro)
2022	0	0	0
2023	0	0	0
2024	0	0	0
2025	0	0	0
2026	1,6	0,3	1,9
2027	1,6	0,3	1,9
2028	2,9	0,5	3,4
2029	4,7	-0,1	4,6
2030	5,3	1,0	6,3
2031 - 2049	89,3	17,3	106,6
Summe	105,4	19,3	124,7

Die Gesamtinvestitionskosten betragen infolge der zusätzlichen Mehrjahresverpflichtung in der Höhe von rd. 19,3 Mio. Euro somit rd. 124,7 Mio. Euro zuzüglich 75 % der aus der Zwischenfinanzierung der Gesamtprojektkosten durch die Schiene OÖ GmbH insgesamt erwarteten anfallenden Zinsen.

Auf Grund des durch die Streckung der Mittelzufuhr des Landes OÖ entstehenden Zwischenfinanzierungsbedarfs wurde durch das Land OÖ insbesondere zur Optimierung der Finanzierungsbedingungen gegenüber der finanzierenden Bank eine Garantie für das aufzunehmende Fremdkapital im voraussichtlichen Maximalumfang von 92,1 Mio. Euro bis zur vollständigen Rückzahlung des von der Schiene OÖ GmbH aufzunehmenden Fremdkapitals, längstens jedoch bis 31. Dezember 2049 zugunsten der Schiene OÖ GmbH übernommen. Der Maximalumfang der Garantie muss auf Grund der beschriebenen Umstände korrespondierend auf 106,2 Mio. Euro ebenfalls erhöht werden.

Die zusätzliche Mehrjahresverpflichtung gegenüber der Schiene OÖ GmbH ist im Hinblick auf eine zeitgerechte Beschaffung der notwendigen Fahrzeuge, insbesondere im Hinblick auf die Bestellung der zusätzlichen sicherheitstechnischen Anforderungen (ETCS) beim Hersteller der Fahrzeuge, zeitkritisch.

Die Bereitstellung der Mittel durch das Land OÖ an die Schiene OÖ GmbH ist in einer Vereinbarung zu regeln, dies erfolgt federführend durch die Abteilung Gesamtverkehrsplanung und öffentlicher Verkehr.

Unter Bedachtnahme auf die Mehrjährigkeit der vom Land OÖ einzugehenden Verpflichtung bedarf es gemäß Art. 55 Oö. L-VG iVm. § 21 Abs. 4 der Haushaltsordnung des Landes OÖ der Genehmigung durch den Oö. Landtag.

Der Ausschuss für Infrastruktur beantragt, der Oö. Landtag möge die Genehmigung der v.a. teuerungsbedingten Erhöhung der Mehrjahresverpflichtung des Landes OÖ gegenüber der Schiene OÖ GmbH zur Beschaffung von 20 Schienenfahrzeugen im Zeitraum 2021 bis einschl. 2049 im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

Linz, am 23. März 2023

Peter Handlos
Obmann

David Schießl
Berichterstatter